

| | | |
|---|---|---|
| Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der/des | : | Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion |
| für die Sitzung des Rates am | : | 17.02.2012 |
| THEMA | : | „Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Save-me-Kampagne“ |
| Antwort erteilt | : | Oberbürgermeister Meyer |

Nachdem der Rat am 05.11.2010 beschlossen hatte sich über den Deutschen Städtetag (DST) an die Bundesregierung zu wenden, hat die Stadt Göttingen mit Schreiben vom 09.11.2010 diese Resolution an den DST gesandt. Dieser hat die Resolution am 03.01.2011 an das Bundesministerium des Innern (BMI) weitergeleitet. Das BMI hat am 26.01.2011 geantwortet, dass gemäß Entscheidung der Bundesregierung auf Grundlage des § 22 Aufenthaltsgesetz 50 schutzbedürftigen iranischen Staatsangehörigen, die ins Ausland geflohen sind, eine Aufnahme ermöglicht wird. Eine Aufstockung sei nicht vorgesehen, da allein im Jahr 2010 rund 1.400 iranische Staatsangehörige als Asylberechtigte oder sonstige schutzbedürftige Flüchtlinge aufgenommen wurden.

Das BMI hat außerdem darauf hingewiesen, dass die Entscheidungskompetenz für weitere Aufnahmemöglichkeiten dem Bund und den Ländern zugewiesen wurde. Es sei daher die Bundeseinheitlichkeit der Maßnahme zu gewährleisten und entsprechende Anordnungen bedürften des Einvernehmens des BMI.

Der DST hat die Problematik daraufhin in seinem Rechts- und Verfassungsausschuss erörtert. Dort ist empfohlen worden, dass sich der DST nicht für die Aufnahme weiterer Kontingente bestimmter Flüchtlingsgruppen bei der Bundesregierung einsetzen soll. Diese Auffassung ist dann in einem Erfahrungsaustausch der Ausländerbehörden großer Städte noch einmal problematisiert worden. Im Ergebnis wurde die Auffassung des Rechts- und Verfassungsausschusses des DST bestätigt. Eine weitere Initiative des DST und somit auch der Stadt Göttingen erfolgte dann nicht mehr.

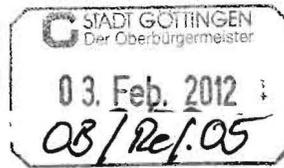
Anlagen:

- Anfrage der Bündnis 90 / Die Grünen-Ratsfraktion
- Auszug aus der Niederschrift über die 120. Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städtetages am 19./20. Mai 2011 in Emden zu TOP 3: „Save me Kampagne“ zur kontinuierlichen Flüchtlingsaufnahme



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -RATSFRAKTION-
HIROSHIMAPLATZ 1-4, 37083 GÖTTINGEN

Anfrage für den
Rat
am 17.2.2012



**Fraktion im Rat
der Stadt Göttingen**

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785

Fax: 0551/400-2904

GrueneRatsfraktion@goettingen.de

www.gruene-goettingen.de

02.02.2012

Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Save-Me-Kampagne

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 5.11.2010 den Oberbürgermeister gebeten, sich über den Deutschen Städtetag an die Bundesregierung zu wenden und für die Aufnahme weiterer iranischer Flüchtlinge einzusetzen. Einigen von ihnen sollte im Rahmen der Kampagne „save me“ die Möglichkeit gegeben werden, sich in Göttingen niederzulassen und bestmöglich zu integrieren.

Wir fragen die Verwaltung:

Was hat die Verwaltung zur Umsetzung dieses Beschlusses unternommen?

**Auszug aus der Niederschrift
über die 120. Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses
des Deutschen Städtetages
am 19./20. Mai 2011
in Emden**

TOP 3: „Save me Kampagne“ zur kontinuierlichen Flüchtlingsaufnahme

Herr **Blocher** berichtet auf der Grundlage des Vorberichtes. Es gebe einen rechtlichen Rahmen zur Aufnahme weiterer Kontingente bestimmter Flüchtlingsgruppen, den das Aufenthaltsgesetz setze. Er weist zudem auf das Ergebnis der Diskussion in der „Konferenz der Sozialamtsleiter/innen“ des Städtetags NRW hin. Die Kampagne sei eine freiwillige Verpflichtung der Städte zur kontinuierlichen Flüchtlingsaufnahme und stelle eine neue freiwillige Leistung dar. Für Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sei dies problematisch.

In der anschließenden Diskussion, an der sich die Herren **Blume-Beyerle, Dette, Schairer, Schaudig** und **Wohlfarth** beteiligen, wird empfohlen, dass sich der DST nicht für die Aufnahme weiterer Kontingente bestimmter Flüchtlingsgruppen bei der Bundesregierung einsetzen soll. Aus Traditionsgründen sei man zwar in einzelnen Städten bereit, über das Thema zu reden. Es handele sich jedoch nicht um eine relevante Größenordnung. Zudem sei dies eine Bund-Länder Problematik.